

Wahlen 2002 in Ekuador oder der Wunsch nach einem integren und entscheidungsstarken Staatspräsidenten

Minkner-Bünjer, Mechthild

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Minkner-Bünjer, M. (2002). *Wahlen 2002 in Ekuador oder der Wunsch nach einem integren und entscheidungsstarken Staatspräsidenten*. (Brennpunkt Lateinamerika, 22). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-442942>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 22

30. November 2002

ISSN 1437-6091

Wahlen 2002 in Ekuador oder der Wunsch nach einem integren und entscheidungsstarken Staatspräsidenten

Mechthild Minkner-Bünjer

Am 24. November 2002 waren 8,15 Millionen Ekuadorianer aufgerufen, in einer Stichwahl zwischen dem Unternehmer Álvaro Noboa und dem Ex-Militär Lucio Gutiérrez den Staatspräsidenten zu wählen. Sie entschieden sich mit rund 54% für Lucio Gutiérrez, Anführer des Putsches gegen Staatspräsident Jamil Mahuad im Januar 2000. Die Wähler gaben dem Multimillionär und Bananenmagnaten Noboa trotz seiner großzügigen Wahlkampfgeschenke und des massiven Medieneinsatzes einen Korb. Sie waren frustriert von den traditionellen Eliten, von den sich seit Jahren untereinander bekämpfenden Parteien und deren obsoleten und vielfach korrupten Führern. Aus dem ersten Urnengang waren die populistischen Außenseiter Gutiérrez und Noboa mit nur 20,4% bzw. 17,4% der Stimmen als Sieger hervorgegangen. Im zweiten Wahlgang wurde Gutiérrez sowohl von den Mitte-Links-Parteien als auch von Wählern des PRE (Partido Rodolista Ecuatoriano) unterstützt. Vor den Wahlen hatten in einer Umfrage etwa 50% der Befragten als die für sie wichtigsten Merkmale des zukünftigen Präsidenten angegeben: Integrität, Verhandlungsgeschick, Visionen, Entscheidungsstärke und Durchsetzungskraft, um jahrelange Unregierbarkeit und Wirtschaftskrise zu beenden. Nach vier Staatspräsidenten in 6 Jahren spielen für die breite Masse politische Bindung, Geschlecht, Herkunft, Ausbildung und Erfahrung eine geringe Rolle. Sie hoffen auf Stabilität und eine Lösung ihrer drängendsten Probleme. Ob Lucio Gutiérrez sich als Hoffnungsträger bewähren kann, wird vor allem von der Unterstützung durch das Parlament, durch die Führung der Gewerkschaften, der indigenen Organisationen und auch der Militärs abhängen. Für letztere ist Gutiérrez seit der Rebellion gegen das Oberkommando 2000 ein Tabu.

Am 20. Oktober absolvierten die Ekuadorianer nicht nur den ersten Urnengang für die Wahl des Staatspräsidenten und des Vizepräsidenten, sondern sie wählten auch 100 Abgeordnete für das Einkammerparlament, 744 regionale und munizipale Repräsentanten, 2 Bürgermeister für neu geschaffene Kantone und 5 Abgeordnete für das Anden-Parlament; dazu die jeweiligen Stellvertreter. In Ekuador herrscht Wahlpflicht ab 18 Jahren, ausgenommen Analphabeten und Wähler über 65 Jahren. Beide Gruppen sind, besonders in ländlichen Gebieten, ein Potential für zusätzliche Mobilisierung und Manipulation. Die etwa 10% Emigranten - rund

60.000 Ekuadorianer haben allein 2001/02 aus wirtschaftlichen Gründen das Land verlassen - sind nur berechtigt, den Staatspräsidenten und den Vizepräsidenten zu wählen.

Für das Amt des Staatspräsidenten bewarben sich 11 Kandidaten. Die Mehrzahl ist seit dem Rückzug der Militärs in die Kasernen Ende der 70er Jahre in der Politik aktiv. Unter ihnen waren zwei ehemalige Staatspräsidenten, ein Vizepräsident, ein oder mehrere Male gescheiterte Kandidaten für dieses Amt, Abgeordnete, Minister, Diplomaten. Sie kandidierten für das höchste Amt im Staate in einem Ambiente parteipolitischer Dekadenz, oppor-

tunistischer Wahlbündnisse und eigens für diese Wahlen gegründeter Gruppierungen, die nur dem Namen nach als Parteien zu bezeichnen sind. Diese Entwicklungen sind einerseits Folge eines akuten Mangels an charismatischen, glaubwürdigen und visionären Persönlichkeiten, andererseits Folge der unübersehbaren Auflösungserscheinungen des traditionellen Parteiensystems. Die postautoritären Parteistrukturen bestehen seit Jahren ohne grundlegende personelle Erneuerung sowie inhaltliche und parteiinterne Demokratisierung. Die Folge ist, dass seit Mitte der 90er Jahre das Vertrauen der Bevölkerung in die Institutionen und Verfahren der Demokratie rapide abgenommen hat. *Latinobarómetro* stellte für Ecuador fest, dass der Anteil der Bevölkerung, der nicht besonders oder überhaupt nicht mit der Demokratie zufrieden ist, zwischen 1996 und 2002 von etwa 65% auf knapp 80% zugenommen hat. Viele Wähler sind von den Zivilregierungen und der Fähigkeit des demokratischen Systems, ihre Probleme zu lösen, frustriert. Sie lehnen die obsoleten *caudillos* mit der bei ihnen konzentrierten Macht ab. Aus den „Traditionswählern“ wurden zum Teil Nichtwähler, apathische Wähler oder Wähler, die ihre Stimmen Kandidaten ohne etablierte politische „Vergangenheit“ sowie alternativen Bewegungen vielfach ohne ideologische Grundlagen geben. Laut *Latinobarómetro* ist das Vertrauen der Ecuadorianer in ihre Parteien, deren Anteil 1996 noch knapp 20% betrug, 2002 auf knapp 10% zurückgegangen. Ecuador liegt damit nach Argentinien und Paraguay an drittletzter Stelle in Lateinamerika. Trotzdem sind seit 1996 im Durchschnitt 82% unveränderlich der Meinung - z.B. im Gegensatz zu Paraguay - dass ein autoritäres Regime unter keinen Umständen einem demokratischen Regime vorzuziehen ist.

Erster Wahlgang oder von der Schwierigkeit sich zu entscheiden

Die Wahlkampagne, zeitlich begrenzt auf 1½ Monate vor dem eigentlichen Wahltag, verlief ohne besondere Höhepunkte und ohne größere Exzesse. Die Vorphase war schon Mitte Juli 2001 eingeleitet worden, als Ex-Präsident Osvaldo Hurtado, Ex-Präsident León Febres Cordero und Ex-Oberst Lucio Gutiérrez ihren „Hut in den Ring warfen“. Im Vergleich zu den vorausgegangenen Wahlen, hatte der Wahlkampf dieses Mal mehr Niveau und inhaltliche Qualität. Die Kandidaten mussten sich um die Wähler bemühen. Denn einerseits waren diese mehr mit der Lösung der tagtäglichen Überlebensprobleme befasst als mit den kommenden Wahlen. Andererseits waren viele von ihnen besorgt, sie könnten sich erneut für einen „Flop“ wie vormals Abdalá Bucaram oder Jamil Mahuad entscheiden. Ein Teil der Wähler versuchte möglichst viele Informationen zu gewinnen, um bei der Auswahl rationaler ent-

scheiden zu können. Traditionelle und neue Medien leisteten vielfache Unterstützung. *Participación Ciudadana* attestierte den Medien, dass sie die Kandidaten für die Präsidentschaft relativ gleichgewichtig behandelt hätten. Die Zeitschrift *Vistazo* urteilte: „Der Präsidentschaftswahlkampf 2002 unterschied sich von den 6 vorangegangenen: er war kurz, zivilisiert, transparent“.

Vielfach wurde Kritik laut, die Kandidaten hätten zu wenig konkrete Vorschläge und noch weniger ein Regierungsprogramm entwickelt, wie die dringendsten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme in den Griff zu bekommen seien. Paradoxiertweise landete aber der Kandidat (Osvaldo Hurtado), der das kompletteste Regierungsprogramm hatte, dazu Kompetenz und Integrität für das oberste Amt im Staate aufwies, mit knapp 1% der Stimmen auf dem vorletzten Platz. Wichtiges Wahlkampfthema aller Kandidaten war die Bekämpfung der Korruption. Beim jährlichen *ranking* durch *Transparency International* (WR-02-35, S. 417) hatte sich Ecuador von Platz 79 auf Platz 89 verschlechtert.

Von Anfang an galt ein Kopf an Kopf Rennen von zwei bis vier der traditionellen Kandidaten als wahrscheinlich. Gemäß den Meinungsumfragen würde keiner der Kandidaten mehr als 20% Stimmen im ersten Wahlgang erhalten und eine Stichwahl unvermeidlich sein. Die Meinungsforscher platzierten sechs Kandidaten (> 5% Stimmanteil) mit Chancen auf einen der beiden ersten Plätze in folgender Reihenfolge:

- Álvaro Noboa Pontón mit dem *Partido Renovador Institucional Acción Nacional* (PRIAN), der die Stichwahl 1998 gegen Jamil Mahuad von der *Democracia Popular* (DP) verloren hatte.
- Rodrigo Borja von *Izquierda Democrática* (ID), zum fünften Mal Kandidat für diese Partei und Staatspräsident 1988-92.
- Xavier Neira vom *Partido Social Cristiano* (PSC) auf dem dritten Platz; der chancenreichste Bewerber dieser Partei, Ex-Präsident León Febres Cordero (1984-88), hatte aus gesundheitlichen Gründen seine Kandidatur zurückgezogen.
- León Roldós Aguilera vom *Partido Socialista Ecuatoriano* (PSE), Rektor der Universität von Guayaquil, Abgeordneter, Vizepräsident von Ecuador 1981-84, Kandidat bei der Präsidentschaftswahl von 1992.
- Lucio Gutiérrez Borbúa, Ex-Oberst und Putschist gegen Jamil Mahuad, mit einer eigens für diese Wahlen gegründeten Bewegung, dem *Partido Sociedad Patriótica 21 de Enero* (PSP). Diese war mit *Pachakutik*, der Partei der indigenen Organisationen, ein Wahlbündnis eingegangen. Eine weitere Konsolidierung der Linken mit dem *Movimiento Popular Democrático* (MPD) oder gar

mit der sozialistischen Partei von Roldós war nicht zustande gekommen.

- Jacobo Bucaram vom *Partido Roldosista Ecuatoriano* (PRE), der stärksten post-klassischen populistischen Partei, 1979 gegründet; Bruder des durch den Protest der Straße aus dem Amt vertriebenen Ex-Staatspräsidenten Abdalá Bucaram

(1994-1996). Sein Mitstreiter und Kandidat für das Amt des Vizepräsidenten, Frank Vargas Pazos, rebellierte während der Präsidentschaft von Febres Cordero ebenfalls gegen die Militärspitze; er unterlag 1988 und 1996 als Präsidentschaftskandidat.

Tabelle 1
Wahlprognose und Wahlergebnisse der Präsidentschaftswahl 2002

Kandidaten	Verschiedene MFI* Ende September	1. Wahlgang** 20. Oktober	2. Wahlgang*** 24. November
Álvaro Noboa (PRIAN)	17,9%	17,39%	45,85%
Rodrigo Borja (ID)	13,8%	13,97%	
Xavier Neira (PSC)	10,7%	11,92%	
León Roldos (PS)	9,6%	15,40%	
Lucio Gutiérrez (PSP/MUPP-NP)	8,4%	20,64%	54,15%
Jacobo Bucaram (PRE)	5,9%	11,92%	

* Gewichtet aus Umfragen verschiedener Meinungsforschungsinstitute (MFI) (Cedatos, Market, Pérez&Pérez, Poll SA und Spectrum), präsentiert von Ecuavisa.

** Offizielles Ergebnis des *Tribunal Supremo Electoral* (TSE). Die anderen fünf Kandidaten erhielten 3,71% der Stimmen und weniger.

*** Vorläufiges Ergebnis des TSE: 95,93% ausgezählte Stimmen.

Quelle: *Latin American Weekly Report*, 24. September 2002, WR-02-38, S. 452 und TSE (www.tse.gov.ec).

Álvaro Noboa hatte bis Ende September mit geringer werdendem Vorsprung Platz eins in den Umfrageergebnissen eingenommen. Im Verlaufe des Oktobers fiel er auf Platz drei hinter die Mitte-Links-Kandidaten Borja und Roldos zurück. Diese wiederum behaupteten bis drei Tage vor der Wahl ihre Spitzenpositionen. Die Umfrageergebnisse waren jedoch aufgrund des hohen Anteils von unentschlossenen Wählern mit Vor-

sicht zu behandeln. Ende September hatten sich zwischen 45% und 59% der Befragten noch nicht entschieden; einen Tag vor der Wahl lag der Anteil noch immer bei 31%. Gutiérrez hat somit seinen Wahlsieg und Noboa seinen zweiten Platz vor allem den Wählern zu verdanken, die in „letzter Minute“ und „aus dem Bauch heraus“ ihre Stimme abgegeben hatten.

Tabelle 2
Stimmenprofil Präsidentschaftswahlen 2002

	1. Wahlgang*		2. Wahlgang**	
Wahlberechtigte	8.154.425		8.154.425	
Abgegebene Stimmen	5.298.581	65%	5.714.876	71%
Gültige Stimmen	4.569.182	86%	5.036.785	88%
Ungültige Stimmen	483.905	9%	628.030	11%
Leere Stimmzettel	245.494	5%	50.061	1%
Nichtwähler	2.855.844	35%	2.439.549	29%

* Offizielles Ergebnis des TSE (100% ausgezählt).

** Nicht offizielles Ergebnis des *Consorcio Comicios Ecuador* 2002.

Quelle: TSE (www.tse.gov.ec).

Außer den bis zum letzten Augenblick unentschlossenen Wählern haben - wie schon Tradition - die („notorischen“) Nichtwähler das Ergebnis mit beeinflusst. Etwa 35% der Wähler sind trotz Wahlpflicht nicht an die Urne gegangen. Rechnet man die ungültigen Stimmen, die leer abgegebenen

Stimmzettel und die Nichtwähler zusammen, dann haben nur etwas mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten entschieden, wer das oberste Amt des Staates für vier Jahre und damit die Politik des Landes bestimmen soll. Ihre Stimmen waren zudem zersplittert: nur ein Kandidat erhielt knapp über

20% der gültigen Stimmen; der nächste folgte mit etwas mehr als 17%. Das Wahlgesetz bestimmt, dass - trotz der geringen Repräsentativität - nur die beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen in die Stichwahl gehen. Die Aufsplitterung wird also durch eine „künstliche“, dem Wählerwillen nicht entsprechende Konzentration auf zwei Kandidaten aufgehoben. Der Stichwahl 2002 stellten sich zwei mit jeweils nur rund einem Fünftel der gültigen Stimmen gewählte Kandidaten.

Sämtliche Präsidenten sind seit 1978 erst im zweiten Wahlgang gewählt worden (nicht berücksichtigt sind die Übernahme des Präsidentenamtes durch Vizepräsident Osvaldo Hurtado 1981 und Gustavo Noboa 2000; eine Wiederwahl durch Volksbefragung: Sixto Durán Ballén 1994; die Ernennung des Präsidenten durch den Kongress: Fabián Alarcón 1997). Die Aufteilung der Stimmen auf eine große Anzahl von Parteien/Allianzen und Kandidaten hat also Tradition. Allerdings hat sich die Tendenz in der letzten Dekade verstärkt. 20 Urnengänge haben die Ekuadorianer seit 1978 für die Wahl von Exekutive und Legislative absolvieren müssen. Fast jedes Jahr eine Wahl bedeutet nicht nur einen hohen finanziellen Aufwand sondern auch einen „Verschleiß“ des wichtigsten politischen Rechtes der Bevölkerung. Auch spiegeln sich darin letztlich die mangelnde Qualität der politischen Struktur, der Verfahren und der Parteien sowie die geringe Leistungsfähigkeit der demokratisch gewählten Exekutive und Legislative wider. Der ekuadorianische Politikwissenschaftler Francisco Sánchez stellt ironisch und realistisch zugleich fest: „A los ecuatorianos les gusta votar“.

Die Stimmanteile der ersten sechs Kandidaten (zwischen 11,92%: Jacobo Bucaram und 20,64%: Lucio Gutiérrez) bei den Wahlen vom 20. Oktober ergaben zusammen 91,43%. Die anderen fünf Kandidaten, darunter bekannte und politisch angesehene Persönlichkeiten wie Ex-Präsident Osvaldo Hurtado (1,07%) oder Antonio Vargas (0,86%), Führer der indigenen Bewegung und - wie Lucio Gutiérrez - Mitglied der „180-Minuten-Junta“ im Januar 2000, vereinten auf sich nur 8,6%.

Die Populisten Gutiérrez und Bucaram erhielten rund doppelt so hohe Stimmanteile wie Ende September prognostiziert worden war. Gutiérrez, der in allen Meinungsumfragen bis zum Wahltag bei einem Stimmenanteil von durchschnittlich 10% bis 12% gelegen hatte, konnte diesen in wenigen Stunden vor der Wahl auf rund 21% steigern. Die unentschlossenen Wähler haben also die Kandidaten der traditionellen Parteien in letzter Minute hart abgestraft und die politisch-administrativ „nicht abgenutzten“ Außenseiter favorisiert.

Regionale Wahleinflüsse abnehmend

Die Wahlergebnisse sind auch im Zusammenhang mit den ausgeprägten regionalen und soziokulturellen Differenzierungen, der ethnischen Vielfalt und dem unterschiedlichen wirtschaftlichen Gewicht der drei großen Naturräume zu sehen: westliches Küstentiefland (*Costa*), andines Hochland (*Sierra*) und östliches Urwaldbecken (*Oriente*). *Costa* und *Sierra* stehen sich als politisch und sozioökonomisch konkurrierende Macht- und Einflussgebiete gegenüber, die traditionell den Ausgang von Präsidentschaftswahlen entscheidend mitbestimmt haben. Der soziale bzw. politische Zerfall und der gleichzeitige von außen aufgezwungene Wandel haben bewirkt, dass die früher relativ liberale und fortschrittliche Küstenbevölkerung in den letzten Jahren merklich nach rechts auf die populistisch konservative „Schiene“ abgedriftet ist. Die *Sierra*, historisch dem konservativen Lager verbunden, tendiert heute mehr in Richtung linke bzw. zentrumslinke Kandidaten und Parteien. Nicht von ungefähr wählte sich aber Noboa einen Kandidaten für die Vizepräsidentschaft aus der *Sierra*, Gutiérrez einen von der Küste, um das regionale Gewicht zu berücksichtigen.

Ab Mitte der 90er Jahre wurde diese Entwicklung zum Teil durch ein neues Wählerverhalten überlagert: sowohl *Costa* als auch *Sierra* begannen (von den traditionellen Parteien) unabhängigen populistischen Kandidaten und ihren „ideologiefreien“ Bewegungen den Vorzug zu geben, und zwar zum Teil unabhängig davon, ob sie von der Küste oder der *Sierra* kamen. Diese Entwicklung kam letztlich auch Lucio Gutiérrez zu Gute.

Als weitere regionale Veränderung begann sich *Oriente* aufgrund des Erdöls und der damit verbundenen Wirtschaftstätigkeiten sowie der zunehmenden Organisation und Militanz der dort siedelnden indigenen Bevölkerung zu einem Raum mit politischem Einfluss zu entwickeln. Je nach Interessenlage unterstützen die Führer und Politiker aus diesem Gebiet z.B. Kandidaten oder Parteien der *Sierra* oder der *Costa*. Bei den jetzigen Wahlen stellte die *Organisation Movimiento Amauta Jatari* mit Antonio Vargas, einem *Quechua amazónico*, einen eigenen Präsidentschaftskandidaten auf, obwohl Vargas ehemals zu den Gründern von *Pachakutik* gehörte. Er erreichte weniger als 1% der Stimmen, nicht zuletzt aufgrund der Streitigkeiten zwischen den indigenen Organisationen.

Bei den Wahlen vom 20. Oktober siegte Lucio Gutiérrez in der Mehrzahl der *Sierra*-Provinzen, dazu in den Küsten-Provinzen El Oro und Los Ríos sowie in den *Oriente*-Provinzen. Gutiérrez stammt aus *Oriente* (Tena, Provinz Napo), ging aber mit 15 Jahren nach Quito auf die Militärakademie. Der Bündnispartner *Pachakutik*, dessen zentrales Anliegen die Vertretung der Rechte der etwa 4,2 Mio. *Indigenas* ist, wurde vor allem in der *Sierra* (z.B.

Bolívar und Chimborazo) zum Mehrheitsbeschaffer für Gutiérrez. Sein schärfster Konkurrent unter den Kandidaten, der *costeño* und Unternehmer Álvaro Noboa, gewann an der Küste nur in der Provinz Manabí, in der *Sierra* in der Provinz Carchi und auf den Galápagos.

Kongresswahlen: Sieg der traditionellen Parteien

Aus den Kongresswahlen, bei denen 100 Abgeordnete und ihre Stellvertreter für die nächsten 4 Jahre zu wählen waren, ging ein aus Abgeordneten von 25 Parteien und Wahlbündnissen bestehendes Parlament hervor. Es wird sich ab dem 5. Januar 2003 in einer Zusammensetzung präsentieren (s. Tabelle 3), in der die traditionellen Parteien wiederum die meisten Abgeordneten stellen. Stärkste Partei ist der konservative PSC mit 24 Abgeordneten und 2 Sitzen im Bündnis mit anderen Parteien. Im Vergleich zu den Wahlen 1998 hat sie nur 2 Sitze verloren. Damit wird sie aus ihren Reihen den zukünftigen Präsidenten des Kongresses stellen. Man geht davon aus, dass León Febres Cordero das Amt übernehmen wird.

Der PRE, populistische Bewegung des „Bucaram-Clans“, ist mit 15 Sitzen zweitstärkste Partei

(1998: 24). Ihm folgt ID mit 13 Abgeordneten (1998: 16) und 3 im Bündnis mit anderen Parteien (1998: 2). Entsprechend werden PRE und ID um die 1. Vizepräsidentschaft im Kongress streiten; die 2. Vizepräsidentschaft wird unter den Minderheitsgruppierungen ausgehandelt. Die eigens für die Kandidatur von Noboa gegründete Bewegung PRIAN konnte 10 Sitze für sich verbuchen. Die Partei der *Indígena*-Bewegung *Pachakutik* (MUPP-NP) gewann 5 (1998: 6) und im Wahlbündnis mit dem PSP 6 weitere Sitze (1998:3).

Lucio Gutiérrez selbst konnte mit seiner Bewegung PSP 2 Sitze sowie 6 weitere in Allianz mit *Pachakutik* gewinnen. Außer den 5 Abgeordneten von *Pachakutik*-NP werden 10 weitere Abgeordnete zum Unterstützerkreis von Gutiérrez gerechnet. Wenn es Gutiérrez und *Pachakutik* gelingt, diesen Block zusammen zu halten, wird die Ausgangslage als handhabbar angesehen, um im Parlament zu verhandeln. Ob es zu einer Zusammenarbeit mit Abgeordneten der traditionellen Parteien ID und PRE kommt, ist derzeit völlig offen. Gutiérrez hat kurz nach seinem Wahlsieg auch Noboa angeboten, mit ihm zum Wohle Ekuadors zusammen zu arbeiten.

Tabelle 3
Zusammensetzung des Kongresses (ab 5. Januar 2003)

Parteien	Sitze 2002	Sitze 1998
Partido Social Cristiano (PSC)	24	26
Partido Roldosista Ecuatoriano (PRE)	15	24
Izquierda Democrática (ID)	13	16
Partido Renovador Institucional Acción Nacional (PRIAN)	10	existierte noch nicht
Movimiento Unidad Plurinacional Pachakutik-Nuevo País (MUPP-NP)	5	6
Partido Democracia Popular-Unión Demócrata Cristiana (DP-UDC)	4	32
Movimiento Popular Democrático (MPD)	3	2
Partido Sociedad Patriótica 21 de Enero (PSP)	2	existierte noch nicht
Andere Parteien:	6 (sechs Parteien mit je einem Abgeordneten)	6
Wahlbündnisse:		8
Partido Sociedad Patriótica 21 de Enero/ Movimiento Unidad Plurinacional Pachakutik-Nuevo País (PSP/MUPP-NP)	6	
2 Bündnisse mit je zwei Sitzen	4	
8 Bündnisse mit je einem Sitz	8	
Gesamt	100	120

Quelle: *El Universo*, Guayaquil 22.11.2002 auf der Basis von Daten des TSE. Verteilung 1998: IIK: Lateinamerika Jahrbuch 1999, Ekuador, Frankfurt a.M. 1999, S. 171.

Kongress 2003: „Patchwork“ aus Parteien und Parteiallianzen

Sämtliche traditionellen Parteien haben im Vergleich zu 1998 Sitzverluste hinnehmen müssen. Statt 9 Parteien im Jahre 1998 wird der Kongress am 5. Januar 2003 14 Parteien haben, obwohl die Abgeordnetenzahl seit der letzten Wahl von 120 auf 100 gesenkt wurde. Die ehemals unter der Führung von Osvaldo Hurtado starke *Democracia Popular* (DP), die dem Kandidaten Jamil Mahuad zur Präsidentschaft verholfen hatte, brachte 1998 32 Abgeordnete und 3 in Allianz mit anderen Parteien durch. Im Kongress 2003 wird die DP, die mit der *Unión Demócrata Cristiana* „fusionierte“ (DP-UDC), nur mit 4 Abgeordneten und zwei Allianzen vertreten sein. Nach dem Regierungsdesaster von Jamil Mahuad und der eigenen Parteigründung von Osvaldo Hurtado, Motor der DP von 1964 bis 2001, beschleunigte sich ihr Niedergang.

Die Zahl der Allianzen hat sich von 7 (1998) auf 11 im neuen Kongress erhöht. Die Zusammensetzung des Parlaments aus insgesamt 25 Parteien/parteiähnlichen Gruppierungen und Parlamentsbündnissen unterstreicht die ständig zunehmende Fragmentierung und den Zerfall des Parteiensystems. Die Wahl- bzw. Parlamentsallianzen der Minderheitsgruppen sind in der Regel nicht stabil. Der kommende Präsident wird je nach Sach- und Interessenlage mit sehr unterschiedlichen Mehrheiten und Bündnissen zurecht kommen müssen. Die Abgeordneten von Gruppierungen, die in der Minderheit sind, komplizieren nicht nur das Funktionieren des Kongresses sondern erschweren es der Regierung, eine parlamentarische Mehrheit zu bilden und zusammenzuhalten. Regieren ohne eine stabile Mehrheit ist außerordentlich problematisch; Unregierbarkeit und Instabilität zeichnen sich schon jetzt als Bedrohungsszenarium für Gutiérrez ab.

Für den Fall das Febres Cordero mit dem PSC als der stärksten Partei den Kongress als Präsident anführt, dürfte dieser zu einem Instrument der Konfrontation werden, und zwar unabhängig davon, ob der neue Präsident Lucio Gutiérrez oder Álvaro Noboa geheißen hätte. Beiden hat Febres Cordero den Kampf angesagt, da er sie für unfähig hält, das Präsidentenamt auszuüben. Aber auch im Fall eines anderen Kongresspräsidenten dürfte es zu Machtkämpfen kommen; denn außer dem PSC bekannten sich auch ID, DP und *Patria Solidaria* zur Opposition – zumindest vor der Wahl.

Ob der ab 15. Januar 2003 regierende Gutiérrez wie seine Vorgänger einer alles blockierenden Opposition gegenüber steht und sich mit wechselnden Allianzen auseinandersetzen muss, kann - aus den letzten sechs Jahren Kongressverhalten extrapoliert - mit gewisser Wahrchein-

lichkeit bejaht werden. Reformabsichten würden damit zunichte gemacht oder „Stückwerk“ bleiben, politisch umstrittene Vorhaben der Regierung könnten extrem verzögert werden. Viele rechnen bezüglich Reformvorhaben während der Regierung Gutiérrez mit Stagnation, hoffen aber auf vier Jahre Stabilität mit demselben Staatspräsidenten Lucio Gutiérrez.

Sechs der 8 stärksten Parteien 2002 waren auch 1998 im Kongress vertreten; hinzu gekommen sind die Bewegungen PRIAN und PSP der Finalisten der Stichwahl 2002. 1998 gewannen die 4 traditionellen Parteien 105 der 125 Sitze, 2002 waren es dagegen 59 der inzwischen auf 100 verminderten Sitze. *Pachakutik*-NP konnte sich nach 1998 mit 6 Sitzen auch 2002 behaupten. Die traditionellen Parteien verloren einerseits Wählerstimmen und damit Parlamentssitze an die neuen Bewegungen von Noboa und Gutiérrez. Andererseits atomisierten sich die Wählerstimmen weiter zu Gunsten der Mini-Parteien und Bündnisse mit Abgeordneten: Sie verdoppelten sich 2002 beinahe im Vergleich zu 1998. Diese Entwicklungen (s. Tabelle 3) unterstreichen einmal mehr die vorher genannten Dekadenerscheinungen des Parteiensystems und die geringe Funktionsfähigkeit der präsidentiellen Demokratie in Ecuador.

Wahlversprechen oder Prioritäten für die künftige Regierungspolitik?

Die Wähler favorisierten mit Gutiérrez und Noboa zwei Kandidaten für die Stichwahl, die gegensätzlicher nicht sein konnten. Und doch hatten sie als „moderne“ Populisten eine Reihe von gemeinsamen Merkmalen, die sie trotz ihrer Unterschiedlichkeit für die Masse wählbar machten. Sowohl Gutiérrez als auch Noboa hatten bisher keine oder wenig Berührung mit den traditionellen Parteien, mit der Arbeit des Kongresses und mit der staatlichen Verwaltung. Beide haben mit ihren Anhängern eigene Bewegungen für die Wahlen gegründet, die nur der Form und dem Namen nach Parteien sind. Beide Kandidaten haben besonders die verarmten Massen mit ihrem populistischen Diskurs, ihrem Auftreten und ihrer emotionalen Rhetorik, ihrem Personalismus sowie ihren „freigiebigen“ Versprechen (und Wahlgeschenken im Fall von Noboa) mobilisiert. Beide Kandidaten „verkauften“ sich als Anwalt der Armen und versprachen, ihre dringendsten Probleme zu lösen. Beide verbündeten sich mit Ärzten als Kandidaten für die Vizepräsidentschaft, die jeweils aus der „Konkurrenz-Region“ stammen. Beide Kandidaten mussten bezüglich ihrer bei den Wählern unbekannten Bewegung damit rechnen, eine relativ geringe Zahl von Abgeordneten in den Kongresswahlen zu errei-

chen. Das heißt, realistischer Weise mussten sie schon vor der Stichwahl versuchen, ihnen „ähnliche“ politische Gruppierungen auf ihre Seite zu bekommen. Noboa hat vor der Stichwahl immer wieder unterstrichen, er würde mit PRIAN allein in den zweiten Wahlgang gehen, während Gutiérrez versucht hat, die Allianz mit *Pachakutik* zu konsolidieren.

Entscheidender Unterschied zwischen den beiden Kandidaten und wichtig für den Wahlsieg von Gutiérrez war, dass er für die marginalisierte, überwiegend indigene Bevölkerung (70% bzw. 45 %) aufgrund seiner Herkunft, der Allianz mit den Gewerkschaften und den Basisorganisationen beim Putsch im Januar 2000 glaubwürdiger war, als der Multimillionär Noboa. Die Allianz mit *Pachakutik* spielte für die Mobilisierung der *Sierra*-Wähler eine strategische Rolle. Gutiérrez nutzte seine militärische Vergangenheit (z.B. sein Auftreten in Uniform *verde olivo*; Berater und Inhaber von Schlüsselposten des PSP waren ehemals mit Streitkräften und Polizei verbunden), um eine größere Identifikation der Wähler mit ihm zu erreichen. Das Militär genießt in Ecuador eine hohe Akzeptanz: 60% der Bevölkerung hat laut *Latinobarómetro* Vertrauen in die Streitkräfte; es führt damit Lateinamerika in diesem Bereich an, gefolgt von Venezuela und Brasilien.

Die Schwerpunkte der Regierungspolitik der beiden Kandidaten, wie sie im Wahlkampf präsentiert wurden, waren relativ ähnlich; jedoch unterstreichen einige Schlüsselworte bei Noboa, dass er ein Neoliberaler mit populistischem Diskurs ist, während Gutiérrez als ein „linker“ Populist mit neoliberalen Pragmatismus zu umschreiben ist. Aber erst die Konkretisierung und das „Umgießen“ der Schwerpunkte in Politikmaßnahmen, ihre Einbindung in ein Krisenlösungskonzept und dessen Umsetzung werden nach Amtsantritt des neuen Präsidenten Aufschluss darüber geben, wo der Kurs tatsächlich hinsteuern könnte. Die indigene Bewegung, bisher durch *Pachakutik* als Partner im Regierungsbündnis von Gutiérrez vorgesehen, stellt z.B. einen Teil der Punkte (u.a. Beibehaltung der Dollarisierung, Beitritt zur ALCA, Stützpunkt Manta, Diktat des IWF) in Frage. Das Gleiche gilt für die Gewerkschaften und Basisorganisationen, die ihn unterstützten. Spannungen oder sogar Zerreißproben dürften bevorstehen.

Wahlkampf und Wahlbeobachtung im zweiten Wahlgang

In der Kampagne für den zweiten Wahlgang vertieften die beiden Kandidaten die zentralen Themen nicht; ein ursprünglich geplantes Fernsehduell kam nicht zustande. Der Wahlkampf erschöpfte sich darin, bekannte Wahlversprechen

und Schlagworte zu wiederholen; er artete vielfach in persönliche Attacken und Verleumdung des Gegners aus. Ein hoher Anteil unentschlossener Wähler (etwa 25%) bis kurz vor der Stichwahl war u.a. eine Folge dieser nicht ausreichenden Präzisierung des Regierungsprogramms. Gutiérrez, der in der ersten Wahlkampagne noch mit einem aggressiven links eingefärbten Diskurs aufgetreten war, bemühte sich um eine moderate „Linie“, um die rechte Panikmache abzublocken. Er propagierte die Zusammenarbeit mit den politischen Gegnern, versprach Garantien für die ausländischen Investoren und kündigte Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) an. Er bezeichnete sich selbst als Pragmatiker und nicht als Dogmatiker. Noboa „kokettierte“ dagegen mit seinem Unternehmerimperium und seinem Reichtum, von dem er als Staatspräsident etwas an sein Volk zurückgeben wolle. Er trat trotz der für ihn negativen Meinungsumfragen siegesbewusst auf und charakterisierte sich als der kommende „empresario presidente“

Mitstreiter der beiden Kandidaten für die Vizepräsidentschaft waren zwei Ärzte, beide mit Erfahrungen im staatlichen Gesundheitswesen: Dr. Alfredo Palacio, *Guayaquileño* und Herzspezialist im Gespann mit Gutiérrez; Dr. Marcelo Cruz, *Quiteño* und Neurologe, im Gespann mit Noboa. Abgesehen von einem Stab an Beratern und Mitarbeitern aus dem Freundes- und Familienkreis der beiden Kandidaten, spielten die Ehefrauen eine wichtige Rolle im Wahlkampf. Für Gutiérrez war es Dr. Ximena Bohórquez, in den letzten Jahren Ärztin im Sozialversicherungssystem. Sie kandidierte 2002 erfolgreich für den Kongress als Repräsentantin des PSP für die Provinz Pichincha. Für Noboa ging Dr. Anabella Azín in den Ring; ebenfalls Ärztin und Organisatorin der Gesundheitsbrigaden im Wahlkampf.

Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und die Europäische Union schickten wie schon in der Vergangenheit ein großes Angebot an Wahlbeobachtern zu beiden Wahlgängen. Ihr Hauptaugenmerk galt der Einhaltung des Wahlgesetzes, den Verfahren, den Wahlpflichten und Rechten, der Organisation der Stimmabgabe und der Auszählung, der Rolle der Streitkräfte und des Obersten Wahlgerichtes. Ferner gaben sie ihr Urteil über die Kosten des Wahlkampfes, die Organisation der Wahlen und des Abstimmungsvorganges, die politischen Akteure und die Beteiligung der Bürger ab. Ecuador selbst war mit der NGO *Participación Ciudadana* beteiligt, die mit jungen Freiwilligen die Wahlvorbereitung und die Wahlen selbst begleitete und kontrollierte. Sämtliche ausländischen Beobachter haben den Verantwortlichen und den Wählern, besonders im zweiten Wahlgang, gute Organisation und fairen Ablauf sowie ein hohes Maß an

Professionalität in der Auszählung der Stimmen bescheinigt. Dazu ist anzumerken, dass die Wahl am 24. November im Vergleich zu der „fünffachen Mammutwahl“ des ersten Wahlganges ein Kinderspiel war; zudem hatte man aus den Feh-

lern und Empfehlungen gelernt. Die Mehrzahl der Beobachter kritisierte allerdings die hohen Ausgaben für den Wahlkampf (gesetzlich festgelegte Grenze im zweiten Wahlgang: rd. US\$ 228.000 pro Kandidat).

Tabelle 4
Prioritäten für die künftige Regierungspolitik der „Finalisten“

Lucio Gutiérrez Borbúa	Álvaro Noboa Pontón
45 Jahre, <i>Quiteño</i> , Ingenieur, <i>Licenciado</i> in Administration und Sport Ex-Mitglied der Streitkräfte, Grad: Oberst. Putsch mit indigener Bewegung, Gewerkschaften, Bauernorganisationen im Januar 2000 gegen Staatspräsident Jamil Mahuad; nach 6 Monaten Haft: Amnestie.	52 Jahre, <i>Guayaquileño</i> , Rechtsanwalt, Eigentümer und Gründer einer Vielzahl von Unternehmen, Bananenmagnat und Multimillionär; Präsident der <i>Junta Monetaria</i> unter Bucaram, Präsidentschaftskandidat 1998, Verlierer der Stichwahl gegen Jamil Mahuad (DP).
Förderung eines Sozialpaktes mit den wichtigsten organisierten Kräften der Gesellschaft, um die Krise zu bewältigen, Armut abzubauen und soziale Erneuerung durchzusetzen.	Eindämmen der Kriminalität , besonders in den Armenvierteln durch bessere Ausrüstung und spezielles Training der Polizei.
Abbau der Korruption durch Rechnungslegung und Kontrolle („4. Gewalt“ des Staates); Bekämpfung der Steuerhinterziehung.	Reaktivieren der kleinen und mittleren Landwirtschaft für Nahrungsmittelanbau mittels Krediten etc.
Umschuldung der Auslandskredite ; Stärkung der Konkurrenzfähigkeit, Sanierung des Staatshaushaltes; Dialog über die derzeitige Dollarisierung .	Anziehen von Investitionen aus dem In- und Ausland durch Steuererleichterungen und einheitliche 10%ige Kapitalsteuer für neue Arbeitsplätze .
Erhöhung des Budgets für Gesundheitswesen und Bildung und Reorganisation von strukturellen Problemen wie z.B. Kapazität der Krankenhäuser oder Proliferation der Universitäten. Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für den sozialen Wohnungsbau . Förderung des Anbaus und der Kommerzialisierung von Grundnahrungsmitteln . Aktive Beschäftigungspolitik in Landwirtschaft, Tourismus und Infrastruktur, speziell Straßenbau.	Beibehalten der Dollarisierung, Reduzierung des Staatshaushaltes.
Schaffung der <i>Agencia de Garantías del Emigrante</i> und der Möglichkeit für die Ekuadorianer im Ausland, mit ihren Ersparnissen etc. zurück zu kehren.	Durchführung eines nationalen Gesundheitsplanes mit Prävention, Heilung und Rehabilitation.
Stärkung der Dezentralisierung ; Restrukturierung und Entpolitisierung des Rechtswesens ; Volksbefragung über die Schaffung der „4. Gewalt“ und die Verringerung der Zahl der Kongressabgeordneten; Modernisierung der Staatsunternehmen .	Modernisierung des Bildungswesens mittels der Informatik, Einführung von mehr technischen Ausbildungsgängen.
Förderung einer politischen Lösung in Kolumbien zwischen Regierung und Rebellen; mehr Schutz gegen illegale Grenzüberschreitung (Rebellen, Flüchtlinge); Erfüllung des Vertrages mit den USA über Stützpunkt Manta; finanzielle Kompensation soll verhandelt werden.	Sozialer Wohnungsbau . Bekämpfung der Korruption durch Offenlegen und transparente Kontrolle der Mittel der öffentlichen Hand.
Dialog über die Rückkehr des Landes in die Organisation Erdöl exportierender Länder OPEC); Stärkung der Beziehungen zu den Integrationsblöcken , einschließlich der ALCA sowie den internationalen Organisationen , einschließlich IWF, Weltbank etc.	Unterstützung des Militärs zur Grenzsicherung gegen Drogenhandel ; Erfüllung des Vertrages über den Militärstützpunkt Manta.

Quelle: Zusammengestellt aus Interviews; Zeitungsartikeln von *El Universo* (www.eluniverso.com) und *El Comercio* (www.elcomercio.com).

Lucio Gutiérrez: Sieg für den Ex-Militär auf ganzer Linie

Noboa präsentierte sich zwischen dem ersten und dem zweiten Wahlgang als Sieger und künftiger Staatspräsident. Gemäß Prognosen lag jedoch Gutiérrez in der gesamten Zeit mit zwischen 15% und 28% Vorsprung auf Platz eins. Gutiérrez siegte nach vorläufigen Angaben des TSE (95,93% ausgezählte Stimmen) am 24. November 2002 mit 54,2% im Vergleich zu Noboa mit 45,8% relativ klar. Das offizielle Ergebnis wird in der ersten Dezemberwoche erwartet, da in Riobamba, der Hauptstadt der Provinz Chimborazo, nach der Explosion eines Munitionslagers mit einer großen Zahl von Opfern, die Wahl auf den 1. Dezember 2002 verschoben wurde. Die Zahl der „Nachwähler“ ist jedoch zu klein, um das Wahlergebnis zu verändern.

Die Wahlbeteiligung war mit rd. 71% gut und höher als im ersten Wahlgang; der vielfache Appell von Medien, Meinungsträgern, gesellschaftlich angesehenen Institutionen wie z.B. der Kirche, die Wahlpflicht zu erfüllen, dürfte dazu beigetragen haben. Auch der Prozentsatz an leeren Stimmzetteln hat abgenommen; der Anteil

der ungültigen Stimmen ist in etwa gleich geblieben. Weibliche und männliche Wähler waren mit jeweils rd. 50% der gültigen Stimmen vertreten. Noboa ist im Durchschnitt etwas mehr von Frauen (52,3%) gewählt worden als Gutiérrez (48,3%), u.U. eine Folge der konservativen und durch Wahlversprechen stärker zu beeinflussenden Haltung der weiblichen Wähler und ihres hohen Anteils in der bevölkerungsreichsten Provinz Guayas. Der Anteil der Nichtwähler war bei den Frauen etwas höher als bei den Männern.

Gutiérrez ist es gelungen, in 18 der 22 Provinzen die Wählerschaft bzw. ihre Parteien hinter sich zu bringen und mit vergleichsweise hohen Stimmenanteilen zu siegen. Noboa verbuchte den Sieg für sich in Guayas (1. Wahlgang: Neira), Hochburg des PSC; Manabí (1. Wahlgang: Noboa), Los Ríos (1. Wahlgang: Gutiérrez) und Esmeraldas (1. Wahlgang: Bucaram), sämtlich mit hoher Stammwählerschaft von Bucaram, die z.T. auch Noboa unterstützt hat. Guayas und Manabí sind neben Pichincha die beiden bevölkerungsreichsten Provinzen und damit für den relativ hohen Stimmenanteil von Noboa mitverantwortlich.

Der neue Staatspräsident: vom rebellierenden Oberst zum demokratisch gewählten Staatsoberhaupt

Lucio Edwin Gutiérrez Borbúa, geboren 23. März 1957 in Tena (Provinz Napo), ist politischer Außenseiter und der schillerndste Kandidat für das Präsidenschaftsamt 2002-2007. Er ist der dritte von 6 Geschwistern aus einer Familie mit langer Militärtradition. Seine Mutter war Krankenschwester, sein Vater transportierte Waren auf dem Fluss Tena. Gutiérrez ging mit 15 Jahren nach Quito und trat in die *Escuela Superior Politécnica del Ejército* (ESPE) ein. Er graduierte sich als Bauingenieur als Jahrgangsbester, beendete zudem Studien in Administration und Geopolitik, hatte sportliche Erfolge und bis zum 21. Januar 2000 aller Voraussicht nach eine brillante Militärkarriere vor sich. Gutiérrez war Mitglied der Wache des Präsidentenpalastes und Adjutant der Staatspräsidenten Abdalá Bucaram und Fabián Alarcon. Er ist mit der Ärztin Dr. Ximena Bohórquez verheiratet und hat zwei Töchter.

Gutiérrez gründete für die Wahlen am 27. Februar 2001 den *Partido Sociedad Patriótica 21 de Enero* (PSP). Mit dem 21. Januar wollte er an den Tag im Jahre 2000 erinnern, als er zusammen mit etwa 200 anderen Militärs die - wie er es ausdrückt - patriotische Tat unternahm, gegen die oberste Führung der Streitkräfte zu rebellieren und das Land, das im Chaos von Demonstrationen zu versinken drohte, durch einen „Handstreich“ von seinem 1998 demokratisch gewählten Staatspräsidenten Jamil Mahuad zu befreien. An die Stelle von Mahuad trat die *Junta de Salvación Nacional*. Ihr gehörten General Carlos Mendoza an, der auf Druck des Oberkommandos der Streitkräfte den Platz von Gutiérrez eingenommen hatte, Antonio Vargas von der *Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador* (Conaie) und Carlos Solórzano, Mitglied des Obersten Gerichtshofes. Die Junta löste sich nach drei Stunden auf, und Vizepräsident Gustavo Noboa Bejarano übernahm im Einvernehmen mit der Militärspitze das Präsidentenamt. Mit dem „Putsch“ war die Militärlaufbahn von Gutiérrez beendet, jedoch sein Einstieg in die Politik vorbereitet. Nach 6 Monaten Haft wurde er amnestiert.

Den Wahlkampf bestritt Gutiérrez mit der *Sociedad Patriótica*, im Bündnis mit *Pachakutik*-NP, dem politischen Arm der Conaie. Im Juli bildeten PSP, *Pachakutik* und (anfänglich) die Sozialisten die Liste 3, die den Ex-Oberst - trotz oder gerade wegen seiner politischen Außenseiterrolle - als ihren Kandidaten für die Präsidentschaft lancierten. Ex-Militär Gutiérrez, einerseits „Mann des Volkes“ und „Held von Cenepa“, zeichnete sich durch strategisches Denken aus: er integrierte in sein Programm die Vorstellungen der ihn unterstützenden Gruppen und akzeptierte, die Kandidatenvorschläge z.B. für das Kabinett mit ihnen zu teilen. Er bewies politischen Instinkt, als er den Wahlkampf im olivgrünen Kampfanzug bestritt und zeichnete sich durch politischen Realismus aus, als er in „Anzug und Krawatte“ noch vor dem 24. November die USA besuchte, um in Politik und Wirtschaft um Vertrauen zu werben.

Ausland fürchtet „Linksruck“ und Demokratiegefährdung

Die Wahlen, wenn auch für Ekuador selbst außerordentlich wichtig, standen im Schatten der Wahlen in Brasilien, der Krise in Argentinien und der sich zuspitzenden Lage in Venezuela. Sie haben weder in den USA noch in Europa eine größere Beachtung gefunden. Entsprechend „knapp“ waren auch die Kommentare über den Wahlausgang. Die USA gratulierten zum fairen demokratischen Prozess und hoffen auf gute Zusammenarbeit. Diese bezieht sich vor allem auf die (über den Militärstützpunkt von Manta hinausgehende) aktive Beteiligung in der Bekämpfung von Drogen und Terroristen in Kolumbien. Der Druck auf Gutiérrez bezüglich Wohlverhalten dürfte zunehmen. Die EU sprach die Hoffnung aus, dass Gutiérrez die Verfassung respektieren möge. In der US-Presse hatte sich zum Teil schon vor den Wahlen der *Nuevo Herald*, Miami mit Überschriften wie „Ecuador va hacia un populismo errático“ oder „Otro ‘salvador de la patria’ de verde olivo? gegen eine ihrer Ansicht nach „linke Diktatur“ positioniert, echot von konservativen Zeitungen der Nachbarn Ekuadors wie der *El Espectador*, Bogotá mit „Gutiérrez, un presidente de verde oliva“ oder *El Universal*, Caracas, der in ihm einen „candidato izquierdista“ perzipiert und kommentiert, dass Präsident Hugo Chávez erfreut über den Wahlsieg ist und darin einen weiteren Aufstand des Volkes gegen die Oligarchie sieht. Der *Guardian* bezeichnet ihn ebenfalls als „left-wing ex-coup leader“. *El Nacional*, Caracas, titelte dagegen „Nuevo presidente de Ecuador promete hacer un país más honesto y democrático“.

Herausforderungen für kommenden Präsidenten drängend

Gutiérrez wird, wie auch die zitierten Pressestimmen unterstreichen, als möglicher Linksruck und Gefahr für die demokratische Staatsform - auch wenn diese in Ländern wie Ekuador nur formeller Art ist - perzipiert. In diesem Zusammenhang sollte man berücksichtigen, dass sich Militärs wie Gutiérrez als sozial denkende und handelnde junge Generation der Streitkräfte verstehen und sich entsprechend dem Berufsethos mit der Problematik der in Armut lebenden Masse der Bevölkerung als einem wichtigen Faktor für die Sicherheit des Landes und der Nation im weitesten Sinn identifizieren. Der Ex-Oberst wird zeigen müssen, wie er in der Praxis mit dem ihm durch das Ausland „aufgedrückten Stempel“ umgeht. Die Regierung Bush hat sich gegenüber dem „Demokratie-Problem“ bisher relativ flexibel gezeigt, da ihre eigenen Interessen nicht tangiert wurden bzw. die Länder sich ihren Machtansprüchen unterordne-

ten. Sie hat z.B. Hugo Chávez in Venezuela trotz seines verfassungswidrigen Umganges mit der Demokratie gewähren lassen; denn die „Eingriff-Prioritäten“ liegen derzeit nicht in Lateinamerika. Allerdings haben ehemalige US-Diplomaten und Beamte des *State Departments* schon vorsorglich kommentiert, dass Gutiérrez kein ausreichend demokratisches Verständnis habe und dass er wohl Wahlkampffinanzierung in „kleinen Mengen“ von Chávez und Castro erhalten habe.

Für Gutiérrez ist das größte Problem, den Spagat zwischen den hohen Erwartungen seiner Wähler („Lucio es el hombre de los pobres, votamos por él“) und den leeren Staatskassen sowie den zu erwartenden Auflagen des IWF für den Stand-by-Kredit (rd. US\$ 230 Mio.) erfolgreich zu absolvieren. Ein Teilproblem, eine stützende Allianz im Kongress zu bilden, lässt sich möglicherweise aushandeln. Verschiedene Abgeordnete wie z.B. Gutiérrez eigene Frau Ximena als Abgeordnete für Pichincha oder Antonio Posso von *Pachakutik* bemühen sich schon jetzt, einen Mitte-Links-Block zu sondieren. Sie wollen damit von Seiten des Kongresses (und der wichtigen Beziehung Parlament-zukünftiger Präsident) zur Regierbarkeit (*gobernabilidad*) beitragen. Für die Mehrzahl der Gesetze wird eine einfache Mehrheit (51 Abgeordnete) benötigt. Projekte wie z.B. der Beschluss über den Staatshaushalt benötigen aber eine Zwei-Drittel-Mehrheit (66 Abgeordnete). Noch schwieriger dürfte aber werden, die Regierbarkeit in Beziehung zu einer „ausgewerten“ und militant organisierten Bevölkerung zu sichern, die bisher z.B. die Erhöhung der öffentlichen Tarife zur Verringerung des Haushaltsdefizits in der Regel mit Massenprotesten und Blockaden beantwortet hat. Dagegen konnte sich seit 1996 kein Präsident durchsetzen; u.a. fehlten ein ständiger Dialog mit der Führung der indigenen Bewegungen, mit Gewerkschaften, Schüler- und Studentenorganisationen und lösungsorientierte Partizipationsmöglichkeiten für die Zivilgesellschaft. Entsprechend wurden die vom IWF geforderten Strukturmaßnahmen unter dem Druck „der Straße“ meistens von der Exekutive rückgängig gemacht oder verwässert, die Abkommen nicht unterzeichnet oder die Auszahlung der Stützungskredite gestoppt. Die ausstehende Umschuldung der Auslandsschuld bzw. des Schuldendienstes hat das Land in die Illiquidität und an die Grenze der Kreditwürdigkeit gebracht.

In diesem Zusammenhang dürften dem kommenden Präsidenten seine mangelnde administrative-politische Erfahrung und das Misstrauen der ausländischen Investoren und Banken, die ihn als „chavista, comunista und golpista“ bezeichnet haben, schwer zu schaffen machen. Gutiérrez hat sich gegen diese Anschuldigungen und konstruierte Ähnlichkeiten z.B. mit Chávez (dieser führte

1992 eine Rebellion gegen Präsident Andrés Pérez in Venezuela an) verwahrt. Der Kolumnist Andrés Oppenheimer stellte nach einem Interview mit Gutiérrez fest, dass unter Umständen nicht seine fehlenden demokratischen „credentials“ das Problem seien, sondern die fehlende demokratische Kultur der Ekuadorianer bzw. der Wähler.

Weiteres drängendes Problem sind die Beziehungen mit Kolumbien. Ekuador wird immer mehr zum Rückzugsgebiet für Flüchtlinge, paramilitärische Kräfte, Mitglieder der Rebellenorganisationen und der Drogenmafia. Die USA dringen darauf, dass Ekuador sie im Kampf gegen den politisch-militärischen Terror und den Drogenhandel unterstützt. Entsprechend traf Gutiérrez nach seinem Wahlsieg mit Kolumbiens Präsident Álvaro Uribe zur Erörterung der politischen Probleme sowie der Verbesserung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zusammen. Im Vorfeld hatte sich Gutiérrez in den Medien als möglicher Mittler zwischen der Regierung Kolumbiens und den Rebellen für eine politische Lösung angeboten. Das war in Kolumbien mit Befremden und Zurückhaltung aufgenommen worden.

Düsteres Wirtschafts- und Sozialpanorama

Der neue Präsident sieht sich einer seit Jahren außerordentlich schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Situation gegenüber. Sie hat - zusammen mit der geringen Funktions- und Leistungsfähigkeit der demokratischen Institutionen und Verfahren - zu der vielschichtigen Krise und dem damit in engem Zusammenhang stehenden Wahlsieg von Gutiérrez geführt.

Die Wirtschaftslage hatte sich 2000/01 aufgrund eines durchschnittlichen Wachstums von rd. 3,5% leicht verbessert. Die sinkende Inflationsrate und die leichte Entspannung der Finanz- und Fiskalsituation trugen ebenfalls dazu bei. Die Inflation, die zwischen 1997 und 2000 von etwa 31% auf 91% pro Jahr gestiegen war, konnte mittels der „Dollarisierung“ auf etwa 10% Ende 2002 gedrückt werden. Die Umstellung des Sucre auf den US-Dollar im Verhältnis 25.000 zu 1 (9. Januar 2000) bewirkte eine künstliche Stabilisierung und ließ die große Masse, einschließlich der mittleren Einkommensbezieher, weiter verarmen. Die Regierung Noboa konnte aufgrund der Blockaden im Kongress und der Proteste in der Bevölkerung die Staatsfinanzen mittels der Durchsetzung der Reformen und Auflagen des IWF nicht nachhaltig konsolidieren. Aus diesem Grunde stimmte der IWF Mitte 2002 einem neuen Stand-by-Abkommen nicht zu. Ekuador hat zwischen 1991 und 2000 nur drei Abkommen mit dem IWF unter Dach und Fach bringen können. Das Leistungsbilanzdefizit ist mit geschätzten rd. 8% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) Ende 2002 bei gleichzeitig

hoher Auslandsverschuldung und rückständigem Schuldendienst Besorgnis erregend, der öffentliche Sektor de facto in Teilen zahlungsunfähig. Um die Löcher zu stopfen, wird das ab Ende 2003 durch die neue Pipeline fließende „schwarze Gold“ derzeit mittels Termingeschäften „versilbert“. Das dürfte kaum das Wohlgefallen des IWF erregen; seiner Ansicht nach soll 80% der ab 2003 fließenden öffentlichen Einnahmen zum Schuldenabbau verwendet werden.

Die nachfolgenden Angaben zur langfristigen strukturellen Problematik der menschlichen Entwicklung in Ekuador können nur Anhaltspunkte bieten; die Schätzungen variieren je nach Quelle stark. Jedoch kann es über die politische Brisanz der Lage keinen Zweifel geben. Derzeit leben zwischen 60% und 70% der 12,6 Millionen Ekuadorianer in Armut; am stärksten betroffen sind die ländlichen Gegenden und die indigene Bevölkerung. 60% der Bevölkerung hat keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und 75% keinen Zugang zu medizinischer Versorgung. Durchschnittlich 10% der Bevölkerung über 14 Jahre sind Analphabeten, in den ländlichen Gebieten rd. 20%. Der Besuch der Sekundarschule (nicht identisch mit erfolgreichem Abschluss!) liegt landesweit bei 52%, in ländlichen Gegenden nur bei 30%. Die höhere Schule wird von durchschnittlich 15% besucht, in ländlichen Gebieten nur von 5%. Da Ausbildung (bzw. Gesundheit) und die Suche nach besser bezahlten Arbeitsplätzen und damit die Verringerung der Armut in engem Zusammenhang stehen, liegt die Priorität von Gutiérrez auf dem Bildungs- und Gesundheitswesen. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung ist 2002 mit etwa US\$ 1.600 unter das von 1997 gefallen; die Konzentration der Einkommen hat in der letzten Dekade speziell bei den obersten 10% weiter zugenommen. Rund 65% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter haben keine Beschäftigung oder sind unterbeschäftigt. Zwischen 1998 und 2002 haben mindestens 360.000 Ekuadorianer aus ökonomischen Gründen das Land verlassen.

Als Gründe für die ab Mitte der 90er Jahre besonders problematische Entwicklung sind zu nennen: der Krieg mit Peru, der die Fiskalsituation, das Zinsniveau und den Wechselkurs negativ beeinflusste; die Korruptionsskandale; die schlechte Administration und miserable Regierungsarbeit des Populisten Abdalá Bucaram; die schweren Überflutungen 1998 als Folge des *El Niño*; der starke Fall des Erdölpreises und die internationale Finanzkrise. Politiken wie das Einfrieren der Konten des privaten Banksektors haben die Wirtschaftskrise angeheizt; diese hat sich in einem Ursache-Wirkungs-Prozess mit der schweren Krise der Regierbarkeit hochgeschaukelt.

Ausblick

Was kann von Präsident Gutiérrez in der schwierigen Lage erwartet werden?

Im **besten Fall** kann es ihm gelingen, mit Unterstützung des Kongresses und der organisierten Zivilgesellschaft die kurz- bis mittelfristig drängendsten Probleme zu lösen. Das heißt, einen konsolidierten Staatshaushalt zu verabschieden sowie die Umschuldung und das neue Abkommen mit dem IWF erfolgreich zu verhandeln, und anschließend mit Auslandskrediten (und eventuell mehr Investitionen) die Wirtschaft zu reaktivieren. Dafür sind einerseits politisch stabile und kooperative Beziehungen zwischen der neuen Regierung und einer Mehrheit des Kongresses, den Gewerkschaften und indigenen Organisationen erforderlich. Andererseits sind eine Befriedung des Grenzgebietes zu Kolumbien und das Abbremsen der Migration wichtig. Gelingt es Gutiérrez, diese Maßnahmen in die Wege zu leiten, müsste er mittelfristig einige Reformen aus seinem Programm (z.B. Förderung der Nahrungsmittelproduktion, der Ausbildung, der Kleinunternehmen etc.) umsetzen mit dem Ziel, die sozioökonomische Entwicklung der breiten Masse durch die Veränderung und die Verbreiterung der Wachstums- und Verteilungsgrundlagen zu verbessern.

Realistischer und zugleich pessimistischer ist das Szenarium, dass Gutiérrez vier **Jahre einigemaßen „durchregiert“**, und zwar mit Stagnation im Wirtschafts- und Sozialbereich. Experten sehen darin schon eine positive Entwicklung nach der politischen Dauerkrise seit 1996.

Im **schlechtesten Fall** würde das Land unter der Regierung Gutiérrez wiederum in ein wirt-

schaftliches und politisches Chaos „trudeln“, blockiert durch den Kongress und die Proteste der organisierten Bevölkerung.

Quellen:

Dresdner Bank Lateinamerika 2002: „Perspektiven – Lateinamerika“, Juni.

IIK: „Ibero Digital“ (www.duei.de/iik/IberoDigital).

IIK: Lateinamerika Jahrbuch 1999, Frankfurt a.M. 1999.

International Monetary Fund 2000/02: Ecuador www.imf.org.

Latin American Weekly Report Latin American Andean Group Report, London (versch. Ausgaben).

Minkner-Bünjer, Mechthild, 1998: Die „Buca(ram)-Demokratie“ oder Ekuadors langwieriger Weg aus Legitimitäts- und Wirtschaftskrise, in: Lateinamerika. Analysen. Daten. Dokumentation, 37 (2), S.22-43.

Minkner-Bünjer, Mechthild, 1999: Ekuadors wirtschaftliche Dauerkrise: Scheitert die Regierung Jamil Mahuad?, Brennpunkt Lateinamerika, 24.

Torre, Carlos de la, 2000: Populist seduction in Latin America. The Ecuadorian Experience, Ohio Univ.

UNDP, 1999: El primer informe sobre Desarrollo Humano en el Ecuador, Quito (www.pnud.org.ec).

Vivendo la democracia www.viviendolademocracia.org (im Aufbau).

www.alainet.org.

www.gov.ecwww.elcomercio.com.

www.eluniverso.com.

www.hoy.com.

www.vistazo.com.

www.cosas.com.

www.eltiempo.com.

www.miami.com.

www.nzz.ch.

www.elpais.es.

Autorennotiz: Mechthild Minkner-Bünjer, Dipl.Kfm. Dipl.Hdl., freie Mitarbeiterin am Institut für Iberoamerika-Kunde. Regionale Schwerpunkte: Andenländer, Zentralamerika, Chile. Thematische Schwerpunkte: Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik der Länder und Entwicklungskooperation, Dezentralisierung, Beschäftigungspolitik und Armutsbekämpfung. E-Mail: minkner@public.uni-hamburg.de

Errata zu Brennpunkt Lateinamerika Nr. 21 (15.11.2002), Tab. 3:

Bitte folgende Zeile unter ‚PSDB‘ hinzufügen:

PSDB	Goiás	Marconi Perillo	51,2	-
------	-------	-----------------	------	---

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Andreas Steinhilf und Francisco Sánchez; Textverarbeitung: Nina Grabe und Ditta Kloth.

Bezugsbedingungen: €61,50 p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); €46,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); €31,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von €15,30 erhoben. Einzelausgaben kosten €3,10 (für Studierende €2,10). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.duei.de/iik>